

Weiter geht die Diskussion um den Au-Brunnen, der die Wasserversorgung absichert, aber auch Gewerbegebiet werden könnte.

## Vorsorge beim Wasser

Wasser ist bei uns das wichtigste Grundnahrungsmittel. Das zeigen auch die täglichen Anti-Palmer-Leserbriefe zum Au-Brunnen seit 5. Dezember im TAGBLATT. Kein Tübinger Oberbürgermeister vor Palmer hätte es gewagt, den Brunnen in der Au, eines der ältesten Wasserschutzgebiete in der Stadt, als ökonomisch verwertbar auszuweisen.

Was hindert Palmer eigentlich, den Au-Brunnen als Eigenwasserversorgungsreserve generell für den Fall eines Ausfalls des zugeführten Bodenseewassers zu sichern? Vorsorge beim Wasser passt leider nicht zum neuen wirtschaftsfreundlichen Trend und zur machtpolitischen Strategie von Grünen wie Kretschmann oder Palmer.

Es verfestigt sich der Eindruck, dass Grüne sich als Ersatz für die fehlende wirtschaftsnahe FDP – wie in Hessen – sehen und auf dem Weg in möglichst weitere CDU-Grüne-Regierungen sind.

Der anfängliche Charme und die Dynamik der Grünenbewegung, denen die Wähler in Tübingens Höhen- und Halbhöhenlagen nur so zuflogen, wird „ungrün“ gewordenen Grünen nicht mehr so eindeutig zugute kommen.

Günther Herre, Tübingen

## Großmannssucht

Vorweg sei vermerkt, dass dieses Schutzgebiet mit seinen äußerst geringen Belastungswerten, ab 2015 von Amts wegen als normales Wassernutzungsgebiet ohne Auflagen eingestuft wird. Nun wird die Meinungsbildung unseres grünen (?) OBs und der zahnlos geworde-

30.12.14



nen Grünenfraktion, die ja dieses Gewerbegebietsansinnen der Tübinger Firmenlobby (Walther AG, Horn und Erbe) leider nicht im Vorgriff abgeblockt hat, vom Kommerz beherrscht. Anders lässt es sich nicht erklären, dass ein kostbares, sehr gutes und unbelastetes Tübinger Trinkwassergebiet, wegen eventuell vermehrter Steuereinnahmen und wegen Großmannssucht Einzelner, für alle Zeiten unwiederbringlich geopfert werden soll!

Es muss auch gefragt werden wie ein Katastrophenszenario im Auftrag des OB von den SWT untersucht werden soll wenn dieses weder in Art noch Umfang abschätzbar oder vorhersehbar ist. Zum Beispiel mussten 1984 und 1987 drei Brunnen wegen Vergiftung durch eingetragene Schadstoffe langfristig beziehungsweise für immer für die Trinkwasserversorgung stillgelegt werden.

Weitere Fragen sind: Warum wird der AU-Brunnen, laut Trinkwasserbericht 2013 der SWT, seit Mitte 2007 bis heute, nicht mehr, wie es eigentlich Vorschrift ist, auf Schadstoffe wie CKW und Nitrat untersucht? Waren schon in 2007 Begehrlichkeiten zur Umwidmung des Geländes zum Gewerbegebiet geplant?

Hoffentlich hat der Gemeinderat (einschließlich SPD) bürgernähere Vorstellungen und verspielt nicht fahrlässig und gedankenlos das Tübinger Trinkwasser! (Auch wenn sich manch einer dabei verbiegen lassen müsste!)

Fritz Krimmel, Tübingen

Generelle Kritik an der Politik des Tübinger Oberbürgermeisters.

## Hier rächt sich

Palmers Wählerinnen konnten gute Argumente für ihre Wahlentscheidung zur OB Wahl 2014 nennen. Es wurde mit dem schuldenfreien Stadthaushalt, dem Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, der urbanen Erweiterung im Innern durch Neubaugebiete und dem Neubau der Musikschule geworben. Außerdem gab es auch diejenigen, die grundsätzlich Grün wählen, weil sie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und ökologische Entscheidungen sicherstellen wollten.

Nur wenige Wochen nach der OB-Wahl scheint von diesen wichtigen Ansprüchen an die Politik und den OB nichts mehr übrig zu bleiben.

Sind über 60 Prozent Wähler bewusst getäuscht worden, oder wurde nur nichts konsequent zu Ende gedacht? Wer alle freiwerdenden Gewerbeflächen zur Wohnraumgewinnung nutzt, hat später keine Möglichkeiten Gewerbebetriebe anzusiedeln.

Durch die wachsende Einwohnerzahl brauchen wir eher mehr als weniger Wasser. Diesem Dilemma durch die Opferung des Au-Brunnens entgegen zu wollen, ist ein Verrat an der Vernunft und an positiven grünen Idealen! Die möglichen Kürzungen beim Qualitätsausbau der Kitas haben zu Elternprotesten geführt. Dieses Thema betrifft uns aber alle, da es um grundsätzliche Aspekte unseres Gemeinwesens geht.

Im „Übrigen“ vom 19. Dezember wird als Begründung für die Haushaltsmisere (11 Millionen Euro fehlen) das komplizierte Plus und Minus von Zuschüssen und Umlagen genannt. Warum erfuhren die Wählerinnen davon nichts im Wahlkampf? Hier rächt sich die politische Entscheidung, Herrn Rein, den erfahrenen Stadtkämmerer, von seiner Stelle entfernt zu haben.

Heike Bartz-Schmidt, Tübingen